

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

Mitglieder 483.000 (Stand: Dezember 2012)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	1
1.1 Seitenwechsler	1
1.2 Wahlprüfsteine	1
2 Parteifinanzierung	2
3 Weiterführende Informationen	3
4 Einzelnachweise	3

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprüfsteine

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. ^[2]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt

jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[3]

Parteifinanzierung

Die Einnahmen 2010, 2009 und 2008 setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen in Mio €/Jahr	2010		2009		2008	
Mitgliedsbeiträge	45,7	31,1 %	46,0	26,6 %	46,7	27,9 %
Mandatsträgerbeiträge	22,4	15,2 %	22,3	12,9 %	22,2	13,2 %
Spenden von natürlichen Personen	7,8	5,3 %	14,5	8,4 %	10,3	6,1 %
Spenden von juristischen Personen	1,7	1,2 %	4,2	2,4 %	2,7	1,6 %
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	8,2	5,5 %	10,1	5,9 %	11,9	7,1 %
Aus sonstigem Vermögen	8,2	5,6 %	10,9	6,3 %	10,7	6,4 %
Aus Veranstaltungen,						

Publikationen und Sponsoring	13,0	8,8 %	18,0	10,4 %	14,2	8,5 %
Staatliche Mittel	39,0	26,5 %	39,6	22,9 %	43,5	26,0 %
Sonstige	1,2	0,8 %	7,6	4,4 %	5,4	3,2 %
Summe	147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €	

Quellen:^[4]^[5]

Hier gehts zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [10.000 Mitglieder weniger als 2011 - CDU hat den größten Schwund](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2012
2. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Rechenschaftsberichte Bundestagsparteien 2009](#), bundestag.de, abgerufen am 30.06.2011
5. ↑ [Rechenschaftsberichte Bundestagsparteien 2010](#), bundestag.de, abgerufen am 19.02.2012